

## KANTON

**ARBEITSLOS:** Die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Job ist drastisch gestiegen **SEITE 29**

## REGION

**KERNENERGIE:** Diskussion in Marthalen zu einem Endlager im Weinland **SEITE 26**

## REGIONALKULTUR

**KOMÖDIE:** Renate Gottet hat es als Sabrina Hess in der neuen Wohnung nicht leicht **SEITE 28**



# Die Regierung lehnt Südstarts ab



Alle drei Flugbetriebsvarianten findet die Regierung akzeptabel. Bild: key

Alle drei Flugvarianten, die der Bund in die Vernehmlassung gegeben hat, findet die Regierung akzeptabel – auch die Variante J (OPT) mit Pistenverlängerungen.

**ZÜRICH** – Der Kanton Zürich gehört als Flughafen-Standortkanton zu den wichtigsten Playern im SIL-Prozess (Sachplan Infrastruktur Luftfahrt). Seine Stellungnahme zum Entwurf des Schlussberichtes des Bundes vom 13. August ist deshalb mit Spannung erwartet worden. Vor allem interessierte die Frage, für welche der drei in die Vernehmlassung gegebenen Flughafen-Betriebsvarianten sich die Zürcher Regierung entscheiden würde.

Die Antwort ist nicht eindeutig. Sie beurteilt alle drei positiv, schreibt die Regierung, bringt aber Vorbehalte an allen an. Unter den Varianten befindet sich auch «J (OPT)» mit Pistenverlängerungen, die dem Osten massiv Mehrverkehr und Zusatzlärm bringen würden. Fluglärmgegner im Osten argwöhnen daher, die Regierung schreibe die anderen Varianten nur deshalb nicht ab, um den Osten mit ihrer Präferenz für J (OPT) nicht zu provozieren. Andere empören sich darüber, dass die Regierung eine Ausbauvariante im Rennen hält, obschon sich der Kantonsrat mehrfach gegen einen Pistenausbau ausgesprochen hat.

Die drei Varianten erlauben alle höchstens 350 000 Flugbewegungen:

■ **J (OPT):** In dieser Variante sieht die Regierung nach wie vor eine «grosse Chance für zukünftige Lärmoptimierungen», wie sie in einer Mitteilung schreibt. Weil damit aber Pistenverlängerungen (Pisten 28 im Westen und 32 im Norden) verbunden sind, erinnert sie daran, dass ein solches Vorhaben vors Volk muss. Anders als der Bund will die Regierung für die Variante J (OPT) nur vier Stunden Ostanflüge über die Mittagszeit zulassen. Der Bund hingegen sieht sechs Stunden vor.

■ **E (DVO):** Diese Variante entspricht dem heutigen An- und Abflugregime mit den deutschen Sperrzeiten. Die Regierung schreibt hierzu nur, sie erwarte vom Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl), dass die Entwicklung des gekröpften Nordanflugs als satellitengestützter Präzisionsanflug rasch vo-

rangetrieben werde, wie es in der Mitteilung heisst.

■ **E (OPT):** Diese Variante basiert ebenfalls auf dem heutigen Flugregime, allerdings wird auf die morgendlichen Südanflüge verzichtet, ausser bei schlechtem Wetter. Die Regierung hält diese Variante mit der Begründung im Spiel, sie entspreche der schon immer geforderten Nordausrichtung des Flughafens. Für die Südanflüge bei Schlechtwetter brauche es aber verbindliche Kriterien.

### Süden nicht stärker belasten

Deutlich Nein sagt die Regierung zu den vom Flughafen geforderten Südstarts geradeaus, welche die Kapazität in den Spitzenzeiten erhöhen sollen. Auch Südstarts bei Nebel und Bise zum Verspätungsabbau will die Regierung nur tolerieren, wenn es keine regelmässigen Südanflüge mehr gibt. Südstarts würden das am dichtesten besiedelte Gebiet im mittleren Glattal noch stärker belasten, begründet Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer (SVP) die Haltung der Regierung.

Im Weiteren lehnt es die Regierung ab, den SIL-Prozess zu sistieren. Es sei unnötig, Abstimmungsentscheide zum Pistenausbauverbot (Juni 2010) abzuwarten. Definitive Entscheide würden im SIL-Verfahren ohnehin erst später getroffen. Diese könnten dann immer noch berücksichtigt werden. Das Bazl will den SIL-Schlussbericht bis Ende Jahr bereinigen.

### Viel Kritik, wenig Lob

Der Dachverband Fluglärmschutz findet es befremdend, dass die Regierung an der Variante J festhält. Die demokratische Legitimation dafür fehle, weil sich das Kantonsparlament schon mehrfach gegen Pistenbauten ausgesprochen habe. Die Variante J bringe mehr Lärm im Westen, Norden und Osten des Flughafens. Auch die Grünen monieren, die Regierung missachte Kantonsratsentscheide. Für den Bürgerprotest Ost handelt es sich bei den Varianten E, welche die Regierung im Rennen halten will, um Alibivarianten. Die Variante J mit Pistenverlängerungen – sie kostet gemäss Bazl rund 2,4 Milliarden – sei ein Steuergeschenk. Denn am Ende müsse das Volk die Kosten tragen. Das Fluglärmforum Süd zeigt sich befriedigt darüber, dass die Regierung Südstarts geradeaus ablehnt. **THOMAS SCHRANER**

## NACHGEFRAGT

Rita Fuhrer (SVP)  
Regierungsrätin



### «Klarer kann man es wirklich nicht mehr sagen»

Warum sagt die Regierung nicht klar, welche von den drei Flugvarianten sie bevorzugt?

Der SIL ist ein Raumplanungsinstrument und besagt, wo es um den Flughafen Lärm geben darf und wo nicht – auf 30 Jahre hinaus. Wir sagen doch klar, was wir wollen: für den jetzigen Betrieb die Variante E (DVO), für die kurz- und mittelfristige Perspektive ist es E (OPT) und für längerfristig J (OPT). Beim Verkehrsrichtplan arbeitete man ja auch mit Varianten und bezieht Entwicklungsmöglichkeiten ein.

Vergibt sich die Regierung nicht eine Chance, wenn sie nicht noch deutlicher an die Adresse des Bundes sagt, was sie will und was nicht?

Klarer kann man es wirklich nicht mehr sagen: Wir wollen keine Südstarts zur Kapazitätserweiterung und akzeptieren die Südstarts bei Schlechtwetter nur ohne regelmässige Südanflüge. Bei J (OPT) wollen wir am Mittag maximal vier Stunden Ostanflüge zulassen.

Der Bund will aber bei J (OPT) sechs Stunden Ostanflüge am Stück. Das sehe ich nicht so. Er spricht von bis zu sechs Stunden. Vier Stunden sind genug. Mehr wollen wir den Osten nicht belasten.

Der Kantonsrat hat sich mehrfach gegen Pistenverlängerungen ausgesprochen. Trotzdem ist nun J (OPT) weiter im Repertoire.

Da jedes konkrete Pistenverlängerungsprojekt vors Volk muss, besteht kein Demokratiedefizit. Im Moment wird einfach Wahlkampf betrieben mit diesem Thema.

Welches Gewicht hat der Kanton in der Vernehmlassung?

Das grösste unter den befragten Kantonen. Am Schluss ist es ja das Zürcher Volk, das am stärksten betroffen ist. **INTERVIEW: (tsc)**

## Töfflschläger gefasst

**NIEDERHASLI** – Zwei Tage nach dem er einen 42-jährigen Familienvater in Niederhasli verprügelt hat, ist der mutmassliche Täter gestern verhaftet worden. Wie die Polizei meldet, handelt es sich um einen 15-jährigen Burshen aus Serbien. Er wird beschuldigt, den 42-jährigen Mann am Sonntag vor den Augen seiner Kinder spitalreif geschlagen zu haben. Der Bursche war mit einem Begleiter auf einem Töffli unterwegs, als er vom Familienvater in einer Fahrverbotszone aufgefordert wurde, langsamer zu fahren.

Der Begleiter des 15-jährigen Serben konnte ebenfalls ermittelt werden. Der 17-jährige Schweizer hatte auf dem Gepäckträger des Mofas gesessen und sich nicht aktiv an der Schlägerei beteiligt. Der verletzte Familienvater befand sich gestern nach Polizeiangaben immer noch in Spitalpflege. **(red)**

# Sechs Jahre Freiheitsentzug für Neonazi

Ein Rechtsradikaler aus Nürensdorf hat immer wieder Personen angegriffen. Nach einem Tritt gegen den Kopf eines Opfers muss er nun für lange Zeit ins Gefängnis.

**NÜRENSDORF/ZÜRICH** – Der Hauptvorwurf der Anklage geht auf den 11. August 2006 zurück. Damals hielt sich der heute 26-jährige Skinhead aus Nürensdorf am Bahnhof Oerlikon auf. Am Abend traf er auf einen ihm verhassten Ex-Kollegen aus der Hooligan-Szene und schlug ihm heftig mit den Fäusten ins Gesicht. Als das Opfer benommen am Boden lag, trat der Angreifer mit seinen Springerstiefeln mehrmals gegen dessen Kopf. Der Mann erlitt ein Schädelhirntrauma, ei-

nen Kieferbruch, einen Zahnschaden sowie einen Nasenbeinbruch. Dass er ohne bleibende Schäden davonkam, bezeichnete einer der Richter gestern am Prozess vor Obergericht als ein kleines Wunder.

Schockierend war nicht nur das brutale Vorgehen des mehrfach Vorbestraften. Ebenso erschreckend klar offenbarte er vor Gericht wiederholt seine rechtsradikale politische Gesinnung. Er zeigte Bewunderung für das Dritte Reich und Verachtung für Ausländer, Juden und Schwarze. Laut Anklage soll er auch in einem Zürcher Tram mit einer Naziarmbinde ausgerüstet lauthals Hitlerreden gehalten und die Ausrottung der Juden propagiert haben.

In einer Massnahme für junge Erwachsene verweigerte er der für ihn zuständigen Psychotherapeutin jegli-

ches Gespräch: Sie war dunkelhäutig. Eine Zürcher Oberrichterin titulierte er in einem Schreiben an einen Kollegen gar als «Scheiss-Judensau».

Die Anklageschrift lastete dem seit Februar 2008 inhaftierten Neonazi 13 Sachverhalte an. Darunter auch mehrere Körperverletzungen an willkürlich verprügelten Personen. Die meisten Vorwürfe stellte der Angeklagte in Abrede, oder er ermahnte sie. Beim Hauptvorwurf der versuchten schweren Körperverletzung wollte er nicht einmal dabei gewesen sein.

### Über sieben Jahre gefordert

Der Staatsanwalt sprach von einem schweren Verschulden und forderte eine Freiheitsstrafe von siebeneinhalb Jahren. Im Gegensatz zum Verteidiger, der Teilfreisprüche verlangte und sich für eine erheblich mildere

Strafe von 18 Monaten einsetzte. Das Obergericht kam im Wesentlichen zu Schuldsprüchen wegen versuchter schwerer Körperverletzung, einfachen Körperverletzungen, Angriffs, Drohung, Nötigung, Rassismus und wegen Gewaltdarstellung. Diese betraf einen auf seinem Handy sichergestellten Kurzfilm. Darin wurde ein zu Boden gedrückter Mensch von arabisch aussehenden Personen geköpft.

Die Strafe fiel mit sechs Jahren Freiheitsentzug hoch aus. Die leichte Strafsenkung führten die Richter auf die nicht einfache Jugend des früheren Heimkinds zurück. Der Angeklagte habe ein absolut aggressives und gewalttätiges Verhalten gezeigt. Was die Gesellschaft nicht tolerieren könne, sagte der Gerichtspräsident zum Abschluss der Verhandlung.

**ATTILA SZENOGRADY**